

Verlag u. Geschäftsstellen
Halle (Saale), Burg 42-44,
Bureau 1047.
Geöffnet von 7 1/2 Uhr früh
bis 5 Uhr nachmittags.
Verkaufspreis: 10 Pf.

Volksblatt

Schriftleitung:
Halle (Saale), Burg 42-44,
Bureau 1045.
Erscheinung: Für werttag
von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 RM., vierteljährl. 5,25 RM.;
durch die Post bezogen monatl. 1,75 RM., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Wertes nachmittags.
Anzeigen bis morgen 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter 655 u. Spalte; 60 Pf.
für Reklame, anschließend an den dreizehnten Textzeile.

Auf zur Welt-Demonstration des Proletariats!

Arbeiter, Parteigenossen! Männer und Frauen des schaffenden Volkes!

Der 21. Juli dieses Jahres wird zu einem der bedeutendsten Tage der Weltgeschichte und des proletarischen Befreiungskampfes werden. Die sozialistische Internationale, das Klassenbewußte Proletariat der Welt, findet sich nach fünf furchtbaren Jahren der Völkerverfleischung zum ersten Male wieder in einer gemeinsamen Rundgebung gegen ihre Feinde und Bedränger zusammen.

Unsere Arbeitsbrüder, Klassengenossen und Mitkämpfer in Frankreich, England, Italien und in den neutralen Ländern haben den 21. Juli als

Demonstrationstag gegen den Gewaltfrieden, gegen den verbrecherischen Imperialismus, gegen die kapitalistische Gewaltherrschaft, Menschengrausamkeit und Völkerverdrängung

gewählt. Sie werden durch eine

vierundzwanzigstündige Arbeitsruhe

ferner für die internationale Arbeitersolidarität, für die allgemeine Völkerverbrüderung demonstrieren.

Der revolutionären, Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft muß es Ehrenpflicht sein, sich dieser Rundgebung nicht nur anzuschließen, sondern sie im Geiste des internationalen Sozialismus, getragen von dem Gemeinschaftsgefühl des Weltproletariats, aufs machtvollste und wichtigste zu gestalten. Ist sie es doch vor allem, auf der in den vernichtenden Friedensbedingungen die einschneidenden Folgen und Wirkungen des ungeheuerlichen kapitalistisch-imperialistischen Weltkriegsverbrechens am härtesten und drückendsten lasten und die das Meer schrecklichsten Kriegselends schier zu verschlingen droht! Daher wird es gerade für die deutsche Arbeiterschaft zu einer stichtischen, zur unabwiesbaren Kulturpflicht, am Welt demonstrationstage des Proletariats erneut ihr Willensbekenntnis zum Sozialismus am entscheidendsten zu bekunden.

Das geschieht am wirksamsten und nachdrücklichsten

durch Arbeitsruhe.

Männer und Frauen des Volkes! Laßt darum am Montag die Arbeit ruhen! Bezeugt durch Massendemonstrationen und Versammlungen, daß ihr das Gebot der Stunde erkannt habt und entschlossen seid, eure ganze Kraft einzusetzen für die

Vollendung der sozialen Weltrevolution!

Der imperialistische Völkerbund im Urteile der französischen Sozialisten.

Der Nationalausbruch der französischen Sozialisten hat auf seinen Pariser Kongreß einen bemerkenswerten Beschluß über den Völkerbund aufgenommen, dessen wichtigste Stellen folgenübersetzt lauten:

„Der Völkerbund mit seinen Bindungen von Nichtverbindungen ist nur die Parikatur eines hohen Völkerbundes. Die sozialistische Partei vertritt den Völkerbund als eine Gruchelle und eine Gefahr. Im Widerspruch zu den feierlichen Versprechungen bringt dieser Völkerbund keine ernsthaften Verbindungen der Mächten. Er schändet die höchsten Interessen der Menschen und der Nationen. Die Sozialisten haben verstanden, daß die Regierungen den Krieg mißbrauchten, um die Herrschaft der kapitalistischen Klassen zu stärken. Dies kommt am deutlichsten im Völkerbund zum Ausdruck. Er ist rein kapitalistisch, antirevolutionär und ein Feind aller Völker, die nach Freiheit streben.“

Wir können unseren französischen Genossen in diesem Urteile nur voll zustimmen; wissen wir doch mit ihnen, daß der wahre Völkerbund nur in der proletarischen Internationalen bestehen kann.

Vollziehung des Friedensvertrages in England.

Nach einer Meldung des Daily Chronicle wird die englische Regierung das Friedensabkommen am Montag mit aller Hast zur Vollziehung vorlegen. Wenn irgend möglich, sollen am gleichen Tage alle drei Verträge erledigt und die Vollziehung durch das Parlament vorgenommen werden.

Englische Soldaten und Arbeiter gegen die „Siegesfeier“.
Nach dem Beispiele Frankreichs, das am 14. Juli in Paris in kühnen Festlichkeiten seinen Sieg feierte, soll nun auch England seine Siegesfeier haben.

Nach einem Bericht des Pariser Populaire vom 14. Juli jedoch scheint unter den englischen Soldaten und Arbeitern eine starke Missstimmung gegen eine solche Feier zu bestehen. Das französische Blatt berichtet darüber:

„Nach einer Meldung des Daily Herald (des bekanntesten englischen tabulären Arbeiterblattes) erheben sich in England von verschiedenen Stellen scharfe Proteste gegen eine Teilsnahme an den Siegesfeierlichkeiten.“

Auf einem Kongreß, dem eine große Anzahl alter Soldaten und Gewerkschaftler betohnte, nahm ein alter Feldsoldat das Wort und erklärte im Namen seiner Kameraden, daß die Armee sich an

diesen Festen nicht beteiligen könne, solange man noch mit Rußland Krieg führe.

Die öffentliche Meinung erregt sich auch über die Kosten, die solche Feierlichkeiten verursachen würden. In gleicher Zeit hat die Londoner Zeitung der Gewerkschaftler der Elektroindustrie beschlossen, daß ihre Mitglieder energisch jede Arbeit an den Vorbereitungen der Illuminierung für das Siegesfest zu verweigern hätten.“

Deutsch-österreichische Noten an die Friedenskonferenz.

St. Germain, 17. Juli. (W. T. W.) Die deutsch-österreichische Friedensdelegation überreichte der Friedenskonferenz eine Note, die den Vertrag begründet, der Frieden nicht geschlossen werden, daß die Grenzen und die völkerrichtige Stellung Deutsch-Österreichs, sowie die Verbindungen des Friedens zwischen Deutsch-Österreich und den kriegführenden Mächten im Friedensvertrage selbst erlosch, die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Ausnahmeverordnungen zwischen den nationalen Staaten oder einer besonderen Abwicklungs-aussicht ausgediebt werden. Der Friedenskonferenz möge einen internationalen Ausschuss für die Nachfolgenden schaffen, in denen Vertreter aller Nationalstaaten und der fünf Großmächte aufgenommen würden.

Eine weitere Note der deutsch-österreichischen Friedensdelegation erklärt auf der Frage der Weißbüchsenfrage, daß viele Bestimmungen des Friedensvertrages für die Industrie und den Handel Deutsch-Österreichs unannehmlich und unzulässig seien, weil sie die ihnen von den anderen nationalen Staaten gewährte Wettbewerbsfähigkeit vorzuziehen.

Zum Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Zur Entsendung deutscher Zivilarbeiter für Nordfrankreich wird in der Deutschen Zeitung ausgeführt, daß die deutsche Regierung, die dies bejaht hat, sich für die schon 1918 übernommenen Verpflichtungen lokal ausführen wird, an der Hand der von den Alliierten angegebenen Richtlinien sofort die nötigen Vorarbeiten in umfassender Weise in die Wege geleitet werden sind, um die Entsendung deutscher freier Arbeiter möglichst zu beschleunigen. Die deutsche Regierung hofft, daß es gelingen wird, genügend Arbeiter hierfür zu finden. Es dürften etwa 160000 Mann in Frage kommen.

Siege der Sowjettruppen.

Wien, 18. Juli. (W. T. W.) Nach einem Telegramm aus Wiborg hat der Finlands zufolge die Offensiv der Roten gegen Denkin begonnen. Walafoff ist von ihnen zu rückübergeben worden. Bei Viern machten die Roten 30000 Gefangene, erbeuteten Lebensmittel und Kriegsmaterial. Drei Regimente der Armee Lebensmittels sind angeblich besetzt.

Streikabbruch in Pommern.

Stettin, 18. Juli. (W. T. W.) Infolge der Aufhebung des Belagerungszustandes und der sonstigen Zugeständnisse der Regierung ist sowohl der Generalstreik, als auch der Bürgerstreik aufgehoben worden. Seit heute nachmittags sind die Läden teilweise wieder geöffnet. Die Straßenbahnen verkehren wieder. Das Wasserwerk ist bereits seit heute früh wieder im Betrieb, nachdem es militärisch besetzt worden war. Der Dampfverkehr nach den Seebädern wird morgen früh wieder aufgenommen.

In Stralsund wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages der General- und Arbeiterstreik abgebrochen werden. In Grlm m m n wird die Arbeit morgen aufgenommen werden. In Anklam am Montag, im Landkreis Franzburg was bereits gestern die Wiederaufnahme der Arbeit mit wenigen Ausnahmen erfolgt. Die bei den Stettiner Verhandlungen ausgelegte Verfügung, daß die anlässlich des Streiks Verhafteten zu entlassen seien, wurde heute vormittag hier vollzogen. Als die Verhafteten entlassen wurden, wurden sie von der angesammelten Menschenmenge mit Hochrufen begrüßt.

Der Reichsbürgerrat für den Belagerungszustand.

Der Präsident des Reichsbürgerrats, Dr. Wesser, Weilin, richtete anlässlich der pommerschen Streikbewegung an den Reichswehrminister Wosse folgende Drabingung:

Die vom sozialistischen Sozialismus eingeleiteten freiboten Streiks in Stettin und Stralsund werden unter anderen Umständen auch durch die Maßnahmen des Belagerungszustandes begründet. Aus den jetzt den bürgerlichen Arbeitstreik führenden Bürgervertretern geht mir die dringende Forderung zu, auf nachdrücklichste für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes mit einzusetzen. Ich darf mich zu Euer Excellenz dessen versichert halten, daß auch regierungstreu mit allen Mitteln diesem sich betätigenden neuen Machtsuchebeweis begegnet werden und vor allen Dingen auch in der Durchführung des Belagerungszustandes allen regierungstreuen Staatsbürgern der Schutz gewährleistet wird, auf den sie ein volles Anrecht haben. Ich bitte daher, umdingt die getroffenen Maßnahmen aufrechtzuerhalten und umgemindert durchzuführen, da jedes schuldliche Zurückweichen in den getroffenen Gegenmaßnahmen die Förderung kommunistischen Terrorismus zur Folge haben wird.

Du, hul. Schredlich! Wie sich doch in einem solchen Streikschadeld die Welt mahl! Dieser an Rolle gerichtete fromme Wahrgewinn ist im übrigen ein Dokument unserer Zeit, das die „sozialistische Regierung“ und den Meister des Bürgerturns, Roske noch mehr kennzeichnet, als seine Nachgel.

Parlamentarischer Sumpf.

Was E. in a schreibt unterm 17. Juli ein Mitglied der Nationalversammlung:

Die Beratung der Grundrechte in der Nationalversammlung entwickelt sich immer mehr zu einer gegenrevolutionären Orgie der bürgerlichen Parteien. Die Verfassung, die in ihrem konstitutiven Aufbau zum Instrument des Bürgerkriegs gegen die Massenbewegung Arbeiterklasse gestaltet worden ist, soll in den Grundrechten zu einem Modell werden, das die reaktionären Einrichtungen des bürgerlichen Deutschlands schütz gegen jeden Versuch einer freisinnigen Regelung.

In der heutigen Vormittags-Sitzung, in der die Abtunung über Artikel 118 eine volle Stunde in Anspruch nahm, kam diese reaktionäre Tendenz bei der Frage der Gleichstellung der unehelichen Mütter zur Geltung. Die Verfassung, die in ihrem konstitutiven Aufbau zum Instrument des Bürgerkriegs gegen die Massenbewegung Arbeiterklasse gestaltet worden ist, soll in den Grundrechten zu einem Modell werden, das die reaktionären Einrichtungen des bürgerlichen Deutschlands schütz gegen jeden Versuch einer freisinnigen Regelung.

Nach toller Freiheit nach das Verhalten der Rechtssozialisten bei der Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen Fraktion, das Gesundheitswesen zu verwalten auf der Grundlage der Vergeltung der ärztlichen Hilfe und Anwesenheitsstunden. Diese Forderung ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie, eine Gegenwartsforderung, die schon im kapitalistischen Staate verwirklicht werden konnte. Aber das hinderte die Rechtssozialisten nicht, gegen diesen Antrag zu stimmen. Ihre Liebe im Prinzipienstreit, ihre politische Verleumdung ist so weit fortgeschritten, daß sie schon die Verwirklichung der Gesundheitsforderungen eines Programms verbindlich, das angeblich immer noch das ihre sein soll. Deutlicher konnten sie nicht zum Ausdruck bringen, daß sie mit der Sozialisierung überhaupt nicht zu tun haben wollen.

Die Frage des Stillsitzens der Lehrerinnen und Beamtinnen wurde einmal bei der Erörterung der Artikel über die Stellung der Beamtinnen aufgeworfen, wo sich unsere Fraktion zum erstenmal mit aller Kraft für die Aufhebung einsetzte, aber vergeblich. In der Nachmittags-Sitzung wurde der Abschnitt über Religion und Religionsgemeinschaft erledigt. Der allgemeine reaktionäre Charakter, den die Grundrechte zeigen, prägt sich auch hier in der Fassung dieses Abschnitts aus. An eine wirkliche Trennung von Staat und Kirche ist die bürgerliche Mehrheit nicht heranzukommen. Die Kirche wird zwar völlig frei von jedem staatlichen Einfluß, aber sie behält die Stellung einer privilegierten Korporation und kann sich auch in Zukunft finanzieller Macht mittel bedienen, namentlich in der Retention ihrer Mitglieder. Zudem ist schon in der Steuererhebung zum Ausdruck gekommen, daß Grundvermögen steuerliche Sonderrechte erhalten sollen. Das Streben der bürgerlichen Parteien ging dahin, der Kirche ihr Vermögen und ihren Einfluß verfassungsmäßig sicherzustellen. Bei der Abstimmung trat die komparative bürgerliche Majorität abermals in die Erscheinung. Es war bezeichnend, wie die Demokraten abstimmen. Die Stimmführer der Fraktion, Schöffers und Gensow, erhoben sich für die reaktionären Anträge, während ein sehr großer Teil der Fraktion, der besseren Überzeugung folgend, zunächst ihren blieb, später aber, halb mit gutem Willen, halb mit Gewalt emporgesprochen wurde. Ein weiteres Beispiel politischer Verleumdung!

Die Beratung des dritten Abschnittes der Grundrechte war der Auftakt zu der Beratung der schädlichen Schulkompromisse. Der Geist, der den Schulkompromiß durchsetzt, kam heute schon völlig zum Ausdruck: der Geist des in Wahrheit regierendenentrums. Es war daher nichts als Spiegelbild, als der Rechtssozialist Quard sich über diesen reaktionären Geist bitter beklagte. Haben er und seine Freunde doch diesen reaktionären Geist im Schulkompromiß die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht. In diesem Abschnitt der Grundrechte berstet der Geist der finsternen Reaktion, der die Grundrechte so gestaltet, daß sie sich in einem einzigen Satze zusammenfassen ließen: das deutsche Volk hat das Recht, zurückzufahren zu den Zuständen des Vor-Napoleon.

Trennung von Kirche und Schule in Braunschweig.

In der Braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 18 Stimmen die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Ausschaltung der Religionsunterrichts des Reichstaates Braunschweig wurde mit dem Einmütigen der sozialdemokratischen Parteien ebenfalls angenommen.

Gegen die Abwürgung der Arbeiterräte.

Die schon seit langem schamlos und frech die Hege gegen die Arbeiterklasse betreibenden Feinde der proletarischen Revolution verlangen jetzt immer unerbittlicher, daß die Regierung den Arbeiterräten vollends dem Garau mache. Das gab der am Donnerstag tagungsbereitenden Volksversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins Veranlassung, sich mit einer Interpellation zu beschäftigen. Es wurde eine Resolution des Genossen Pfeiffer angenommen, die sich gegen den Minister Gensow wendete und erklärte, daß die kommunalen Arbeiterräte bestehen bleiben und niemals daran denken, auf Gehalt einer bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit im Gemeinderat abzurufen. Nach wie vor werden die kommunalen Arbeiterräte ihre Tätigkeit im Interesse der verlassenen Bevölkerung ausüben. Nicht Abbau, sondern Befestigung und der Ausbau dieser Räte ist die Lösung, denn nur sie ermöglichen es, in die alten bürokratischen Verwaltungssysteme proletarisch-revolutionären Schwung hineinzutragen. Vom Zentralrat wird als selbstverständlich erwartet, daß er getreu den Beschlüssen des zweiten Kongresses alles unternimmt, um die kommunalen Arbeiterräte sicherzustellen. Eine zweite Resolution protestiert mit Entschiedenheit dagegen, daß kommunale Arbeiterratsmitglieder wegen ihrer Tätigkeit als Arbeiterräte verhaftet und in Schubhaft genommen werden könnten. Sie fordert energisch die unversöhnliche Festhaltung des Reichstages.

dem. Vom Zentralrat verlangt die Verfassung, daß er geeignete Schritte unternimmt, die Arbeiterräte bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu schützen.

Inverschämter Übergriff von Postleibernern.

Aus Königsberg berichtet B. Z. v. unterm 18. Juli: Heute abend nach 8 Uhr drangen 60 W. in das Haus eines Reichswehrsoldaten, nachdem sie das Regimentsgebäude umringelt hatten, in den Stadtpredigtensaal ein und holten die beiden der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörenden Stadtpredigten Wittrock und Dr. Gottschalk heraus. Wittrock, der Redakteur der unabhängigen Freiheit ist, hatte in verschiedenen Artikeln die Grenzschutz- und Reichswehrgruppen angegriffen und dadurch unter diesen eine starke Empörung hervorgerufen. Die Soldaten führten die beiden Stadtpredigten auf die Straße des Regimentsgebäudes, wo sie in einer Erklärung die Angriffe gegen die Reichswehr und die Grenzschutzsoldaten zurücknehmen mußten. Sämtliche Parteien der Stadtpredigtenversammlung protestierten auf das Schärfste gegen diesen Vorgang. Die Sitzung wurde geschlossen. Die Unruhen pflanzten sich auf den Straßen fort, wo die Menge, die hauptsächlich aus Arbeitern bestand, gegen die Soldaten Stellung nahm, die sich durch einige Schreihüßler (1) zu wehren suchten. Auch dieser neueste Gewaltstreich der Postleibern zeigt, daß ein Teil von ihnen immer noch zu einer öffentlichen Gefahr wird. Freilich, wenn der „Reiter“ diese parlamentarische Immunität nicht mit Rücksicht auf das größere öffentliche Interesse, dann braucht man sich nichts daraus an zu wundern, wenn seine Carden sich bemühen, ihr großes Verbrechen noch zu übertrumpfen!

Verfassungsklage in Lippe.

Dem 18. Juli. (B. Z. v.) Der Landtag des Freistaates Lippe-Demold hat gestern das Landesgesetz über die Verfassung, die im 1. Abschnitt des 1. Kapitels des Verfassungsgesetzes vom 1. März 1904 über die Abänderung des Landesgesetzes über die Verfassung des Freistaates Lippe-Demold verabschiedet. Der im Landtagsbeschluss vereinbarte Vergleichsentscheidungs wurde vom Landtag verworfen, da von dem ehemaligen Fürsten die Mitteilung vorlag, daß ihm die Erlangung der Zustimmung der Ärgerten des Fürstentums nicht möglich war.

Deutsche Nationalversammlung.

60. Sitzung vom 18. Juli, 9 1/2 Uhr.

Eingegangen ist auch ein Telegramm des argentinischen Senats anlässlich des Friedensschlusses. Auf dieses Telegramm konnte auf das am Donnerstag eingegangene der argentinischen Deputationen nicht eingegangen werden. Die Nationalversammlung wird von der Nationalversammlung mit Danktelegramm erwidert.

Es folgen Heine Anfragen. Auf Anfrage Robering (Dn.) betreffend die Abweisung missliebiger Beamten durch Angehörige sozialistischer Parteien erwidert Freiberger v. Welfer: Die Regierung ist der Ansicht, daß Beamte aus ihrer Stellung nur nach Verurteilung durch ein Gericht entfernt werden können. Auf Anfrage v. Gräfe (Dn.) betreffend einen Erlaß des medlenburgerischen Ministeriums des Innern, wonach frühere alte Offiziere nicht als Hilfsarbeiter bei den Kreisbehörden anzuwerben sind, erwidert Freiberger v. Welfer: Die Reichsregierung würde Veranlassung nehmen, die Angelegenheit nachzugehen. Auf die ergänzende Anfrage v. Gräfe, was gegen den medlenburgerischen Minister für Maßnahmen getan werden würde, der nur Beamte von ausgeprochen sozialdemokratischer oder demokratischer Gesinnung anstellen wolle, erwidert Freiberger v. Welfer: Das ist eine vollkommen neue Frage, auf die die Regierung nicht antworten kann. — Auf Anfrage Lampe (Dn.) erwidert Reichsjustizsekretär Delbrück, daß da, wo die Strafgesetze nicht zur Anwendung des Strafgesetzes anzuwenden, eine entsprechende Ergänzung bei der Strafverfolgung notwendig werden würde. Auf Anfrage Oberböhren (Dn.) betreffend die Verhebung des roten Soldatenbundes gegen die Freiwilligen-Regimenter erwidert ein Vertreter des Kriegsministeriums: Als Generalweisung wurde eine Aufforderung der Truppe organisiert, ebenso Schutz und Hürden für die Mannschaften. Auch wurden geteilt, die in der Truppe einfließen Freiwilligen eingeleitet. Nach Aufhebung der Wehrpflicht würde eine tatsächliche Verfolgung des Volontärs an Freiwilligen gegenstandslos. Endlich sind Aufträge gegen die Verhebung erlassen worden. — Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) fragt wegen des Vorganges in Berlin in der Nacht zum 10. Juli an, wo französische Soldaten die Menge durch verächtlichen Gelächter und Verwünschungen gereizt haben und in Unruhe genommen werden mußten. Begeheimt Freiberger v. Welfer erwidert, daß die von der preussischen Regierung veranlaßten eingehenden Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Interpellationen wegen des Landarbeiterspreihs werden demnächst beantwortet werden.

Rannher wird die

zweite Beratung des Verfassungsentwurfes

fortgesetzt beim Abschnitt: Bildung und Schule, wozu das bekannte Schulkompromiß als Antrag Löbe-Grober vorliegt. Nachdem Abg. Dr. Welfer (D. Sp.) über die Verhandlungen des Ausschusses berichtet hat, bemerkt:

Minister des Innern Dr. David: Mit dem Kompromiß wird sich auch die Regierung einverstanden erklären. Die Vereinbarung überläßt den Eltern die Entscheidung.

Abg. Schulz (D. Sp.): Wir Sozialdemokraten sind von jeder Verantwortung der Reichshausleggebung genehmigt. Wir haben keine Verantwortung über das Schulkompromiß besonders zu tragen. Es befindet sich keine Partei, vollkommen. Vom pädagogischen Standpunkt würde ich nicht, daß die Schule in die politischen Streitfragen hineingezogen wird. Der Grundtat des Kompromisses im Denken und in der Weltanschauung, keinerlei Vermengung der Eltern und Erziehungsberufenen durch einen Wehrrechtsbesitz. (Beifall.)

Abg. Dr. Welfer (D. Sp.): Ich würde mich dem Religionsunterrichts-gesetze schon im Hinblick auf eine Lösung, die mir als ausreichend und genügend anzuerkennen vermocht haben, nämlich durch die Bestimmung, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu gelten hat, vorbehaltlich des Rechts der Eltern, ihre Kinder, wenn sie es für angemessen erachten, von dem Besuch dieses Religionsunterrichts fernzuhalten.

Abg. Dr. Welfer (D. Sp.): Es ist eine erste Aufgabe, darüber nachzudenken, ob der Zusammenbruch des deutschen Volkes nicht durch Erziehungsfehler mit herbeigeführt worden ist. Es ist seine Selbstentmannung, die Schule in den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen. (Beifall.) Ziel unserer Erziehung muß die Stärkung der sozialen und der Staatsgesinnung sein. Die unermehrte und unwürdige Ständescheidung muß fallen, und die Wahl ist werden auch für den Armen. Die Erziehung der unermehrten werden von beiden Seiten bearbeitet werden. Die soll da die Schule eine innere Ruhe zur Arbeit finden? Die Gewissenstreue der Weltanschauung haben. Sie erreicht, aber die erzieherische Gewissenstrot dauern begründet. (Beifall bei den Dem.)

Abg. Dr. Welfer (Dn.): Das Kompromiß ist unannehmlich, es bedeutet die Vertiefung der sozialen Kluft unter den Schulkindern. Unannehmlich soll in die künftige Schule eine einheitliche soziale Weltanschauung hineingetragen werden. Die Zusammenfassung des Ganzen weißt aber, daß das deutsche Volk nicht einheitlich sozialistisch ist.

Abg. Dr. Welfer (D. Sp.) wendet sich gegen die Ausdehnung des Fortbildungsinstitutunterrichts bis zum 18. Jahre.

Unterstaatssekretär Schulz: Die Fortbildungsinstitut muß, natürlich auch mit aller Echnung, durchgeführt werden. Die Zweifel über den Begriff des Erziehungsberufenen werden durch die Mehrheit muß entstehen, und wenn die Mehrheit des Reichstages die Fortbildungsinstitut will, so muß sie bleiben und gerade der Demokrat muß sich auf diesem Gebiet den Wehrrechtsbesitz beugen.

Am 1 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Wiederöffnung der Sitzung wird ein Telegramm des argentinischen Senats anlässlich des Friedensschlusses in der Nationalversammlung angenommen. Die in dem Telegramm für Deutschland zum Ausdruck gebrachte Verbundenheit und Bemerkung, daß der Präsident werde das weitere veranlassen.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung beim dritten Abschnitt der Grundrechte (Religion und Religionsgemeinschaften) fortgesetzt.

Nachdem Abg. Wausbach (D. Sp.) eingehend über die Ausdehnung der Verfassung über die Religionsgemeinschaften berichtet hat, wird die Beratung über Artikel 132 bis 138 angesetzt. (Glaubensfreiheit, Freiheit der Religionsübung, Abtunung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften usw.) — Die Unabhängigen beantragen zu Artikel 134

die völlige Trennung von Staat und Kirche, während die Sozialdemokraten beantragen, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgemeinschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden.

Abg. Geinge (D. Sp.) beantragt auch die Abtunung der auf Personen beruhende Staatsleistungen. Dieser Antrag wird von Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) begründet. Der Redner bespricht den Trennungsantrag der Unabhängigen.

Abg. Dr. Quard (D. Sp.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Er behauptet, daß es keine Partei nicht gelingen wird, die staatliche Glaubensfreiheit durch eine innerliche Glaubensgemeinschaft abzuhängen. Seine Partei behaupte das Gedeihen der Trennungsarbeit.

Abg. Dr. Naumann (Dem.): Neues Leben bringt auch neue Arbeit. Dieses neue Leben braucht keine Vorrechte für die Kirche. Da wir keine Staatskirche mehr haben, müssen wir den Religionsgemeinschaften aus praktischen Gründen die Rechte der öffentlichen rechtlichen Körperschaft geben. Die Verwaltung der kirchlichen Oberbeamten durch den Staat muß aufhören. Ob wir auch die Kirchengemeinschaften zur Kirchensteuer heranziehen können, ist uns ungewiß. Die nächste Verwaltung der kleineren Religionsgemeinschaften und Stellen muß aufhören. Die kirchliche Verwaltungskommission Dr. Welfer befähigt die Auffassung des Vorredners über die kleinen Religionsgemeinschaften und Stellen.

Abg. Dr. Grober (D. Sp.) tritt für die Befreiung der Altreligionsgemeinschaften ein.

Abg. Weid (Dn.): Die Abtunung der Staatskirche ist ein weltanschauliches Ereignis, ob aber auch ein freudiges, bleibt eine Frage. Die bisherige Staatskirche war eine deutsche, eine nationale Kirche. Wir sehen der Abänderung ohne Enthusiasmus und Optimismus, aber auch ohne Bitterkeit entgegen. Der Staat wird die Kirche auch ferner brauchen, sie hat ihm stets mehr geleistet, als sie von ihm empfangen hat.

Abg. Rannher (D. Sp.): Wir verlangen restlose Durchführung der Trennung von Kirche und Staat und deshalb die Befreiung des kirchlichen Staatsertrags sowie die scharfe Bereinigung des Kirchenvermögens bis zur Konstitution. Alle Religion ist Menschenwürde, die Religion der Zukunft ist die Arbeit. (Beifall b. d. U. S.)

Abg. Ende (Dem.): Das Ziel absoluter Gleichberechtigung und freien Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Religionen ist durch die Vorlage nicht erreicht. Angesichts der Unmöglichkeit berichtet ich auf Abänderungsanträge.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Wausbach (D. Sp.) und Düringer (Dn.), der bemerkt, daß seine Partei für die Freiheit der religiösen Überform nur unter dem Vorbehalt stimmen würde, daß bis zur definitiven Lösung aus praktischen Gründen des Reichstages eine Übergangsbestimmung gefunden werde, wird in der Abstimmung auf einen Antrag Kahl in Artikel 132 nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgestellt, die Gedankenfreiheit aber herausgelassen. — Der Antrag der Unabhängigen auf völlige Trennung von Staat und Kirche wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Frage der Religionsgemeinschaften wird dahin entschieden, daß diese Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben, soweit sie solche bisher waren, und daß gemäß einem Antrag Naumann (Dem.) anderen Religionsgemeinschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Trennung ihres Besitzes und die Zahl ihrer Mitglieder die Grenzen der Dauer bieten. Abgelehnt wird der sozialdemokratische Antrag, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgemeinschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden dürfen. Ebenso der Antrag Geinge-Stahl, wonach auch die auf Personen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften durch die Trennung abgehängt, ausbleiben und die Ausgaben mit der geringeren Mehrheit der Antrag der Deutschnationalen angenommen, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen bleiben die Ausschlußbeschlüsse unverändert.

Hierauf wird die Beratung auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt. (Außerdem Anträge und Interpellationen über den Landarbeiterspreihs.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Fort mit dem Belagerungszustande!

Hamburg, 18. Juli. (B. Z. v.) In der heutigen Sitzung der Bürgerkammer wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichts- und Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom Senat und vom Reich fordert.

Aus der Preussischen Landesversammlung wurde folgende dringende Telegramm an den Reichswehrminister Kossel nach Weimar geschickt:

Alle schließlichen sozialdemokratischen Abgeordneten der Landesversammlung erheben dringend um sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in den Bezirken Westfalen und Lothringen, die Voraussetzungen für dessen Aufhebung geschaffen sind. Ein Telegramm wurde auch an den Reichs- und Staatsminister Dr. Welfer, sowie an den Vertrauensmann für die Provinz Schlesien geschickt.

Ob seine Generale dem Reichswehrminister die Erfüllung dieser Forderungen wohl geliaten werden?

Aus der Partei.

Für die dritte Internationale!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz beschloß, dem ordentlichen Parteitag in Basel am 16. und 17. August den sofortigen Eintritt in die Dritte Internationale zu empfehlen. Eine Minderheit trat für den Antrag Gressly ein, dem Parteitag diesen Beitritt nicht zu empfehlen. Ferner wurde ein Zusatzantrag Reihardt angenommen, wonach der Parteivorstand den Parteitag beauftragt, die Geschäftsleitung aufzufordern, mit den revolutionären proletarischen Parteien in Verbindung zu treten, um eine Einigung des internationalen Proletariats im Sinne und Geiste und auf dem Boden der Dritten Internationale herbeizuführen.

Ans der Provinz.

Aufstellung von Militär-Verorgungsgebührlissen an Empfänger im Ortsbestellbezirk.

Das Verfahren, die Zahlung der Militär-Verorgungsgebührlisse an frunkte und gebrechliche Personen durch die Handträger zu erledigen zu lassen, kann — ausnahmslos — auf diejenigen Empfänger von Militär-Verorgungsgebührlissen im Ortsbestellbezirk ausgedehnt werden, welche der zuständigen Postanstalt durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde, der amtlichen Fürsorgestelle oder der Polizeibehörde nachweisen, daß sie infolge schwerer Kriegsbeschädigung, insbesondere Verletzung, oder aus sonstigen zwingenden Gründen die Versorgungsgebührlisse von der Postanstalt nicht selbst abholen und auch durch Familienangehörige nicht abholen lassen können.

Derartige Bescheinigungen wollen sich unter Vorlegung der erforderlichen Bescheinigung bei der zuständigen Postanstalt (Kontenstelle) melden. Sie sind verpflichtend, am Besten die durchschnittlich ausgefüllten Quittungsformulare bis zum üblichen Eintreffen der Geldbeträge bereitzustellen.

Bei Umzug in den Bezirk einer anderen Postanstalt muß die weitere Auszahlung der Militär-Verorgungsgebührlisse durch den Briefträger bei der neuen Postanstalt beantragt werden. Hierbei ist eine Bescheinigung der Orts- oder Polizeibehörde des neuen Wohnorts erforderlich.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Einrichtung nur auf Fälle wirklichen Bedürfnisses beschränkt bleiben muß, aber man kann wohl hoffen, daß die Behörden hier entgegenkommen sein werden, wenn es sich darum handelt, den Kriegserfolgten diese kleine Erleichterung zu gewähren!

Merseburg. Arbeitsruhe am Montag. Zum Weltgenossenschafts- und Betriebsvertrauensleute des Gewerkschaftsbezirks und der U. S. B. Aktivist Merseburg, beschlossen, die Arbeitsruhe folgendermaßen zu gestalten: Vormittags 11 Uhr Demonstrationssammlung auf dem Paulusplatz mit anschließender Demonstrationsumzug unter Mitwirkung des Arbeiterlagers-Lokos. Damit die Versammlung recht wichtig gestaltet wird, ist es notwendig, sich zahlreich zu beteiligen, um dem Willen des revolutionären Proletariats Ausdruck zu geben. Das Gewerkschaftsblatt: *Genossenschaftliche Arbeiterzeitung*. Die Sänger versammeln sich 10.45 Uhr im Fröhlinger Hofe.

Oberbilingen. Demonstration am Montag. den 21. Juli, vormittags 10 Uhr, in Unterbilingen auf dem Schulplatz. Die Demonstrationsleiter, Vertrauensleute und Funktionäre aus den Ortsgruppen des gesamten Oberbilingen Bezirks werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die arbeitende Bevölkerung in geschlossenen Demonstrationen pünktlich in Unterbilingen zur Versammlung eintritt.

Wittenberg. Verkauf von Lebensmitteln. In der nächsten Woche gelangen folgende Lebensmittel zum Verkauf: Von Montag, 21. Juli, an auf Markten S. 8. 86 und S. 8. 83 1/2 Pfund Auslandsweizenmehl zum Preise von 48 Pf.; von Dienstag an auf Markten S. 8. 87 und S. 8. 84 1/2 Pfund Weizenmehl zum Preise von 46 Pf.; von Mittwoch an auf Markten S. 8. 88 und S. 8. 85 1/2 Pfund Reis zum Preise von 1.20; von Donnerstag an auf Markten S. 8. 89 und S. 8. 86 1/2 Pfund Weizen zum Preise von 24 Pf.; von Freitag an auf Markten S. 8. 40 und S. 8. 37 ein Hering zum Preise von 60 oder 80 Pf., je nach Größe, am Sonnabend, 28. Juli, auf Markten S. 8. 41 und S. 8. 38 Schmalz oder Margarine auf die Speisekarte Nr. 3, pünktlich von 20 bis 26 Juli. Der Butterverkauf erfolgt in der Stadt Wittenberg auf Lebensmittelkontrollbuch unter Abgabe der vorkaufend genannten Marken, in den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises auf die Markenarten des Kreises für Versorgungsbedürftige.

Kauka. Aus dem Stadtparlament. In der letzten Mitgliederversammlung wurde Stellung genommen zu dem Schlichterhand und den Klagen der Arbeiter und Gewerkschaften. Der Vorstand wurde beauftragt, dem Magistrat sofort eine diesbezügliche Petition zu überreichen, worin dieser ersucht wird, mit allen Mitteln schleunigste Abhilfe zu schaffen, andernfalls sich die Arbeiter durch zur Selbsthilfe gezwungen sieht. Diese Petition war nun Gegenstand einer lebhaften Debatte in der letzten Stadtsitzung. Von Magistrat ließte sich Herr Bünner besonders vernehmen, die hiesigen Gewerkschaften in Schutz zu nehmen. Genosse Wasserfuß bekräftigte unsere Einwände. Dem Schlichterhand müsse energisch entgegengetreten werden. Genosse Bille ging mit den Herren von Magistrat über zu Gericht. Der Bürgermeister erklärte sich bereit, alles zu tun, um hiesigen unheimlichen Zuständen Einhalt zu tun. Am Schluß des Beschlusses erklärte Genosse Bille an den Bürgermeister die Anfrage, ob es dem Magistrat bekannt sei, daß der hiesige Arbeiter, als er keine Stellung erhalten wollte, verlockende Lüren auf dem Platze vorgefunden hat. Er ersuchte um Aufklärung in dieser Sache und protestierte entschieden gegen ein solches Gebahren. Der Bürgermeister erwiderte, daß ihm der Vorfall des Arbeiters persönlich mitgeteilt habe, daß er im

Gewerkschafts mit den übrigen Mitgliedern des Arbeiters denselben Fall aufgeklärt habe. Genosse Bille wandte sich gegen den Vorfall und erklärte dem Magistrat, dem Arbeiter unterzählig wieder ein Zimmer einzuräumen. Der Bürgermeister entwarf ohne weiteres dem Magistrat. Wie kommt der Vorfall des Arbeiters wieder eigentlich dem Arbeiter für aufgehört zu erklären, und mit welchem Rechte spricht er aus dem Gewerkschafts der übrigen Arbeitersmitglieder? Doch was war von einem hiesigen Vorfall des Arbeiters anderes zu erwarten! Werden nun die Gewerkschaften im Arbeiter einziehen, wie befohlen es war, einen Bürgerlichen zum Vorfallenden zu wählen?

Wittenberg. Parteiverfammlungen. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab für die Sozialisten 282.30 Mk. für die Erntezeit 240.30 Mk. Einnahme. Genosse Dornmann betonte den Kampfcharakter der Unabhängigen Sozialdemokratie und sprach sich gegen Klimbische aus. Die Verammlung war mit den Ausführungen einverstanden und lehnte die Beteiligung an solchen Fetern grundsätzlich ab. Zu einem kurzen Vorlesung über unsere Partei nach Genosse Dornmann auf dem internationalen Generalkongress am 21. Juli bin und forderte eine rege Beteiligung an den Parteiverfammlungen. Weiter machte der Redner die Genossen auf die Agitation der Kommunisten aufmerksam, die auch in hiesigen Kreise eingeeicht hat. Die Frage sozialistische Politik der U. S. B. bewegte die Parteiverfammlungen der Kommunisten ganz entschieden. Die Genossen fanden auch die herabwürdigenden Äußerungen des Kommunismus und das Räufchen aus als unser Unheil. Es folgte eine Debatte über die bestehende Lebensmittelpolitik und die Tätigkeit des Arbeiters. Ein kurzer Kassen- und Tätigkeitsbericht wurde entgegengenommen. Die Verammlung schloß, daß der Arbeiter auch in Zukunft weiter bestehen wird.

Wittenberg. Parteiverfammlungen. Genosse Schmidt sprach über Lebensmittelpolitik. Er kritisierte lebhaft die herabwürdigenden Äußerungen der Arbeiter und den handhabten Schlichterhand. Aus der vielgepriesene Schlichterhand wurde mit in Erwähnung gezogen. Der Redner hielt es für wichtig, auf die zu Recht bestehenden Arbeiterärger hinzuweisen, wie sie durch die Kontrollarbeit zu Außen der Mühseligkeit werden. Zum Schluß wies er auf die kommenden Kampfe hin, auf die man sich vorbereiten muß.

Stadtbürgermeisterversammlung. Der Gemeindevorstand hat gefordert werden. Es wurde eine Kommission gewählt, die sowohl die Lage wie auch die Zahl der Bauten beraten soll. Eine Kommission wurde eingezet, die die Beurlaubung der beimforderten Kriegsgefangenen prüfen soll. Zum Stadtrat wurde der Bürgermeister selbst delegiert.

Volkspark.
Burgstrasse 27.
Heute:
Bunter Abend
Morgen:
Garten-Konzert
und Geldpreiskegeln.
720 Die Geschäftsleitung.

Kammer-Lichtspiele
GROSSE STEINSTR. 24
Der größte Bild-Beit-Film d. Gegenwart.

2728

Der schwarze Jack.
In den Hauptrollen:
Guiffi Fritsch und Texas Fred.
— 5 Akte —
Ein Drama nach wahren Begebenheiten aus dem Wilden Westen, Freppern und Indianerleben. Durch nichts zu überlebende Spannungen. Beginn täglich 3.00, 5.00, 7.00, 9.00 Uhr.
Für Jugendliche täglich nur eine Vorstellung. Einlaß bis 3 Uhr.

Bratwurst glückliche Varieté.
Urkommischer neuer Spielplan.
Anders-Duo, Quanz Duo u. die übrigen Künstler.
Urkommische Barleske: Distellinks Ehescheidung.
Sonntag, Fröhschoppen. Täglich Anfang 11.45 Uhr, nachmittags 3 Uhr.
Heidepark-Prachtsaal.
Sonntag, den 20. Juli, ab 3 Uhr: 2708
Großer Ravalier-Ball.
Montag, den 21. Juli:
Großer öffentlicher Ball.
Es ladet freundlich ein E. Auerbach.
Alle Parteilchriften empfi. d. Volksbuchhandlung.


Alte Promenade 11a.
Wochentags 5 und 8 Uhr
Sonntags 1/2, 1/7, 1/9 Uhr

Veritas vincit.
Der grosse deutsche Prunkfilm mit
Mia May.
— 3 Teile. — — 8 Akte. —
Alle Vorzüge aufgehoben.


Leipzigerstrasse 88
Februar 1924.
Die Note mit dem Silberkreuz
Sensationelle Schilderungen aus dem Leben eines Erfinders. Drama in 4 Akt.
Vorführung: 5.00 7.10 9.80.
Hilde Wörner 2698
in dem reizenden Lustspiel (4 Akte)
Ein Mädchen aus guter Familie.
Beginn 4 Uhr.

3 Könige Varieté.
Erstklassige Künstler und Kapelle.
Neue Posse: Im weissen Rosl. Köstlicher Humor.
Sonntag mittag: Der beliebte Fröhschoppen.
Anfang der Sonntagsvorstellung 3 Uhr. 2700
Restaurant und Hofkellerei-Speisekellerei
Feuerfugel, Pflanzhöhe 41.
Täglich: Saucbraten, Gulasch, Weisfleisch, Bohnenkaffee, aufgewiegte Weine und Biere.
2785
Orchestron-Konzert.
Jeden Samstag: **Blut-Lorte und Ruden**
und Sonntag: **F. Seimann und Frau.**
271. 4048.

Altes Parteilokal: Rottmannsdorf.
Sonntag, den 20. Juli 1919 1855
Tanzkränzchen

Wettelrode!
Sonntag, den 20. Juli: 1840
Sommerfest:
des Radfahrer-Vereins Wanderlust.
Abends wird ein Damenregen von 24 jungen Damen aufgeführt. — Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Greppin. Beim hiesigen Gemeindevorstand ist baldmöglichst die Stelle des **Wassermeisters** zu besetzen. Bevorzugt werden Schlosser, Schmelzer oder Elektromonteur, die mit der Einrichtung eines Wasserwerkes mit elektrischem Antriebe vertraut sind. Geeignete Bewerber wollen Gesuche mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen bis 1. August 1919 an den Gemeindevorstand Greppin einreichen.
Der Gemeindevorstand.
*1838 Sabauer.

Augsdorf.
Zu unserm am Sonntag, den 20. Juli 1919 im **Bäckerhofen Hofal** stattfindenden **Volksfest** verbunden mit allerlei **Belustigungen** laden ergeben ein **Die Festgesellschaft.** Der Wirt. *1819
Stüdenrichtung neu, sol. billig abzugeben
Kölnel, Deysoldgasse 5.
Möbeler weitreichiger **Caffo-Anzug**, neu, mittl. Figur, 2. sehr. Schillerkr. 44 1 r. 2691
2 Mannhoenställe billig zu verkaufen. 2690
Kölnel, Deysoldgasse 5.
Reinwoll. Mussolin zu verk. 2724
Rad. Saunstr. 20/111.
Zwei schöne neue **Waffelklober** l. lung. Mädchen, eleg. braun. Seidenkleid u. **Waffelmaschine** wegen Krank. u. Preis zu verkaufen. 2725
Teitstr. 7 11 r.

Mehrere 100 Bergleute
*1890
bei hohen Böhlen nach dem Rheinlande gesucht. Genügend Wohnungen für Verheiratete und Unterkunft für Ledige vorhanden.
Meldungen im Arbeitsamt Giesleben.
Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung
Für die vielen Beweile herrlicher Landschaften beim Hinsehen unserer lieben Leutler, Schmelzer, Schmägerin und Lante, lassen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten und allen denjenigen, die ihren Sorg zu reich mit Blumen schmücken, unsere herzlichsten Dank, insbesondere Herrn Kaiser, für die treuherzigen Worte am Oben. Dank auch den Jünglingen und Jungfrauen von Schraplau sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen der Schmelze.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Familie Gattlich Gola.
Schraplau, Klippe 16. *1829

Die Eisenbahnerstreiks.

Der Herr Reichs- u. Verkehrsrat, der Obmann des Zentralrates der Eisenbahn-Arbeitervereine in der Berliner Kreiszeitung.

Eine vollständig neue Erscheinung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit bilden die in den letzten Monaten an verschiedenen Stellen des Reiches zum Ausbruch gekommenen Eisenbahnerstreiks. Diese Streiks, die bis jetzt nur als Lokalisierungen in Erscheinung traten, lassen erkennen, daß eine tiefgehende innere Bewegung unter den Eisenbahnerkreisen im Gange ist. Diese Bewegung ist nicht nur eine rein wirtschaftliche, sondern eine tiefere, eine Bewegung, die die Eisenbahner für unser gesamtes Wirtschaftsleben zum Ausdruck bringt. Es ist natürlich, daß dieser Bewegung von allen Seiten, nicht nur von Seiten der Regierung, erhebliche Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

Denn von allen wirtschaftlichen Kämpfen, die geführt werden, ruhen gerade die Eisenbahnerstreiks die schwersten Erschütterungen unserer Volkswirtschaft hervor.

Was liegt näher als die Frage, wie können die Eisenbahnerstreiks verhindert oder unterbrochen werden? Es wäre aber die Lösung dieser Frage nicht im mindesten vernünftig, wenn man die Hauptursache, was sind die Ursachen der Streikbewegung unter den Eisenbahnerkreisen, außer acht lassen. Eine Streikfrist löst sich nicht von selbst, indem man ihre Erscheinungen so behandelt, daß die Lage sich ergründet und beizichtigt werden.

Die Ursache dieses Streiks sind Eisenbahnerstreiks auf mangelnder Rücksicht und Verarmungsgefühl der Eisenbahner gegenüber der Allgemeinheit zurückzuführen. Auch wird der Vorwurf gegen die Eisenbahner erhoben, daß sie sich nur von materiellen Gesichtspunkten leiten lassen und Konjunkturpolitik treiben.

Da man es doch schon fertig gebracht, die Eisenbahner als Revolutionsgegner zu bezeichnen. Daß die materielle Seite bei der Bewegung der Eisenbahner zunächst in den Vordergrund trat, ist nur allzu sehr begründet. Gehörten doch die Eisenbahner vor und während des Streiks zu dem schlechtesten entlohnenden Gruppen aller Berufe und Gewerbeberufe. Das Streikjahr der Eisenbahner nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse war und ist nach Lage der Sache dollaus berechtigt.

Auch die Forderungen der Eisenbahner, die in letzter Zeit von Arbeitern und Beamten gestellt wurden, sind nicht als übertrieben und unbedeutend zu bezeichnen. Die Forderungen treten jedoch in unangenehmer Weise mehr in den Vordergrund, wenn die Breite für alle Artikel der Lebenshaltung, Mitbestimmungsrecht, Demokratisierung der Verwaltung und Betriebe ist der Mittelpunkt der Eisenbahner.

Die beiden letzten Forderungen spielen in der Einführung des Wahlrechts im Reich die Hauptrolle. Die Eisenbahner sind die stärksten Gegner des Wahlrechts und des Zentralrates der Eisenbahner-Arbeitervereine. Diese Aktivitäten sehen die Bildung von Betriebsräten bei den Beamten, Betriebsräten bei den Direktoren und eines Zentralrates bei dem Ministerium vor. Durch diese Einrichtungen soll den Eisenbahnerkreisen ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in allen Betriebs- und Verwaltungsgeschäften, soweit sie sich auf den Lohn- und Arbeitsverhältnis sowie dem Produktionsprozeß ergeben, gewährleistet werden. Eine vollständige Erneuerung unseres gesamten Verwaltungsapparates, nicht nur oben, sondern von unten, soll durch die Einführung des Wahlrechts und die Bildung von Betriebsräten erreicht werden. Diese Forderungen sind nicht nur ein Ziel, sondern ein Mittel. Alle diese Forderungen gegenüber der Regierung sind heute eine durch nichts gerechtfertigte ablehnende Haltung ein. Wohl hat die Regierung zu zeigen, einen Willen vorzunehmen und zu diesem Zweck 175 Milliarden aus dem Reichs- und Provinzialhaushalt zu entnehmen. Die Regierung der Eisenbahner hat den Organisationen immer bei den Verhandlungen im Mai ausgelegt, aber erst jetzt, unter dem Druck der neu eingetretenen Ereignisse, steht sich die Regierung gezwungen, an die Einführung ihres Vertriebsrechts zu denken.

Während der Forderung auf Einführung des Wahlrechts im Reich der Eisenbahnerverbandes in Jena beschlossen wurden, nimmt die Regierung eine Stellung ein, die jedes Verständnis für den Geist der neuen Zeit vermissen läßt. Eine Interessentenregierung, wie sie die Regierung in der Reichsversammlung am 23. 12. 1918, ist keineswegs geeignet, die berechtigten Ansprüche der Eisenbahner auf Mitbestimmungsrecht zu befreiben. Die durch die Revolution freigewordenen Kräfte drängen auf Entlassung und Mitbestimmung. Es wäre nicht die besten, voraussetzenden Regierung, durch verfahrenswidriges Entgegenkommen die Dinge kommen, wie sie gekommen sind. Vielmehr für das Allgemeinwohl nutzbar zu machen, um so Entlassungen unseres Wirtschaftslebens zu vermeiden. Statt dessen verfährt man mit Eisen, die Schritte möglichst einzugraben.

und an der Ausrichtung zu verbleiben. Die Revolution, die wohl der Grund der Eisenbahnerstreiks ist, ist jedoch in der Verwaltung den alten verfahrenswidrig (Schleimtrichter) apparat vollständig unberührt. Es ist unverständlich, daß auch die neue Regierung dem Einfluß der Eisenbahner unterliegt. Jede freigelegte Regierung wird im Stand der Welt zu erkranken. Die Eisenbahner sind nicht nur die Träger der Eisenbahner zu der Regierung zu führen. Es ist begründet, wenn der Eisenbahner von dem Koalitionsrecht Gebrauch macht und zur Selbsthilfe greift.

Der über vier Jahre währende Krieg hatte den Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaftslebens im Gefolge. Die allgemeinen Wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht nur durch den menschlichen Arbeitskraft, auch die materiellen Werte, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen usw. wurden für die vollständig sinnlosen unproduktiven Kriegszwecke in geradezu verwerflicher Weise verschwendet und ruiniert. Die Eisenbahner ganz besonders hatten die Wirtungen dieser unglücklichen Kriegszwecke am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Sie waren nicht in der Lage, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas zu unternehmen. Die Heissen des reaktionären Systems der Eisenbahnerverwaltung machten jeden Versuch einer freien Regierung unmöglich. Durch die Revolution ist die Koalitionsfreiheit erhalten. Aber ist es nicht zu verurteilen, wenn sie von ihrer Freiheit und Koalitionsrecht Gebrauch machen und ihre Rechte durch das Mittel des Streiks zu erlangen suchen.

Die Eisenbahner streben eine unterdrückten, nach Mitbestimmung und Mitbestimmung ringenden Willens können vermeiden, wenn die Regierung es verstehen würde, durch ihre Handlungen sich dem Vertrauen der Eisenbahner zu erwerben. Verneinung der Koalitionsfreiheit durch Streikverbot, Zwangsmaßnahmen mit Entlassungen usw. sind nicht geeignet, das Vertrauen zur Regierung zu erhalten. Demotiviert es nicht zur Lösung des Vertrauens bei, wenn ein Arbeitgeber und noch dazu ein Demokrat erklärt, die Revolution habe den Staatsbeamten und Arbeitern zu viel Rechte gegeben. Das Streikrecht könne den Staatsbeamten unter keinen Umständen zugewandt und bei Anstellung und Beförderung durch die Eisenbahnerverwaltung ihre zu führen. Ganz besonders, wenn ein Arbeitgeber und noch dazu ein Demokrat erklärt, die Revolution habe den Staatsbeamten und Arbeitern zu viel Rechte gegeben. Das Streikrecht könne den Staatsbeamten unter keinen Umständen zugewandt und bei Anstellung und Beförderung durch die Eisenbahnerverwaltung ihre zu führen.

Wenn außerdem in der Nationalversammlung über die Möglichkeit, wie Festlegung der Landesämter und Wähl des Wortes Präsident, Obmann oder Wortführer finden oder tagelang debattiert wird, kann das Vertrauen zur Regierung nicht gefördert werden. Die Regierung verfährt mit Eisen, die Eisenbahnerstreikung als eine rein politische zu behandeln, die als Beispiel den Staat der Regierung bedroht. Die Ursachen der bisherigen Streiks waren rein wirtschaftlicher und sozialer Natur. Mit unabhängigen kommunikativen Prüfungsarbeiten hat die Eisenbahnerverwaltung nicht immer die besten Ergebnisse zu zeigen. Die Eisenbahnerverwaltung sollte, dann nur durch die Schuld der Regierung selbst. Eine jede Regierung hat eben die Aufgabe, die sie verdient.

Es ist erwidert, wie verurteilt wird, durch tendenziöse einseitige Beschreibungen die Öffentlichkeit über die meisten Aspekte und Ziele der Eisenbahnerbewegung ihre zu führen. Ganz besonders, der Zentralrat der Eisenbahnerkreise muß die Forderung der Verleumdung über die Eisenbahnerverwaltung mit breitem Wohlwollen als wider, selbst von den Organisationen nicht anerkannte Einrichtung bezeichnen wird, soll in geschichtlichen Beziehungen zu der Konjunkturpolitik und der Aufstellung der Eisenbahnerverwaltung kommunikativer Mitarbeiter die Verleumdung zu fördern. Wichtig eine „wilde“ Einrichtung, die mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft werden muß. Dieser unabhängige Zentralrat, der in Wirklichkeit eine anerkannte Eisenbahnerorganisation mit über 400.000 Mitgliedern ist, hat die Aufgabe, für die Demokratisierung der Verwaltung und Betriebe durch Einführung des Wahlrechts zu wirken.

Wohl noch bei der Regierung Unklarheit über das Verhältnis zwischen Zentralrat und Organisation herrschen sollte, so wird die nächste Generalversammlung des Zentralrates der Eisenbahnerkreise stattfinden. Im Interesse der Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft wäre es dringend erwünscht, daß die Regierung den wichtigsten Forderungen der Eisenbahner volles Verständnis entgegenbringt. Wenn die Regierung nicht versteht, die Forderungen der Eisenbahner zu befreiben, so wird unter Wirtschaftslebens von neuen getragenen Erschütterungen nicht verhindert werden. Man wird nicht davon, daß die Eisenbahner nicht das richtige Vertriebsrecht für die Vor unserer Volkswirtschaft befehlen. Jedes Verständnis ist bei den Eisenbahnerkreisen zu beobachten. Über sein Verständnis hat man zu hoffen, daß die Eisenbahner die alten Willkürismus für die Schaffung eines neuen Willkürismus gegen Milliarden Mark herausgebracht werden. Wenn man also den Eisenbahnerstreiks verfahren entgegenzutreten oder sie

verhindern will, so befehle man zunächst die Ursachen, die zu diesen Streiks durch die Eisenbahnerkreise sind. Die Eisenbahner streben dieses Ziel nicht zu erreichen. Nur verständnisvolles, dem Geist der Zeit Rechnung tragendes Entgegenkommen bezüglich der berechtigten Forderungen der Eisenbahner kann für die Zukunft ein gewöhnliches Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Arbeitern sowie Beamten gewährleisten.

Preußische Landesversammlung.

48. Sitzung vom 18. Juli, 12. Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der Vorlage über

Aufhebung der Ortschulinspektionen.

Abg. Dr. Bor fch (Str.) macht die Zustimmung seiner Partei von der Annahme folgender Anträge abhängig: Auf Grund eines Gesetzes sollen in freier Wahl Schulvereine aus Vertretern der Eltern, der Lehrer, der Gemeindevorstände und der betreffenden Volksschulinspektionen gebildet werden. Die Schulvereine, die den Volksschulinspektionen unterstellt sind, sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Abg. Frau Arenberg (H. G.): Durch die Zustimmung zum Schulgesetz sollen die Eltern die Schulinspektionen in ihrer Organisation nicht aufgeben. Die Schulinspektionen sollen als Mitglieder des Volksschulinspektionen betrachtet werden und darin Stimm und Stimme haben.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

Von Edward Hellmann. Nachdr. verb.

„Daher Reize war an jenem Nachmittage Abend, und so hatte ich erst heute eine Unterredung mit ihm. Eisenbar war es nicht ganz unvorhergesehen auf die Mitteilung, die ich ihm machte. Als Antwort schüttelte er mir herzlich die Hand.“

Unter gewöhnlichen Umständen, wenn ich würde ich sagen, daß dieser Schritt nach ziemlich langer Verweilzeit erfolgt, im anderen Falle aber kann natürlich die Mitteilung, die ich ihm machte, nicht ohne weiteres als ein Zeichen der Freude angesehen werden. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.

Der Garten war abends vom Mondlicht überflutet, und bis Mitternacht wendelten sich die Sterne über dem Kopf. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.

„Das muß es gewesen sein, was dein Vater nicht sagen sollte.“ Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.

„Nicht, nicht, nicht.“ Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

„Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte. Ich habe ihn nicht anders gesehen, als wenn er mich nicht anders gesehen hätte.“

Walhalla-Operetten-Theater
 Laute Schallmusik
 Ensemble-Gesellschaft
 Der Felsenhäuptling
 Der Operetten-Schlager:
Ihre Hoheit die Tänzerin
 Musik von Walter Götz
 Die Vorstellung beginnt
 pünktlich 7 1/2 Uhr. 2734
 Kasse: Sonntag ab 10 Uhr
 ununterbrochen.

Zigarren, Zigaretten
 Tabak, rein liefert
 in größeren u. klein.
 1828
 Pöppel.
 Poststr. 76 b.

Nur Sonnabend u. Sonntag.
Burg-Theater
 in „Zügelloses Blut“
 Große Gosenstraße 12.

Bola Negri Gr. 5. Alter
 Größtenteils Sensations-
 Attraktion, (heißt auf
 :::: dem Titus ::::

Stadttheater
 Sonntag, 20. Juli 1919,
 nachmittags 8 1/2 Uhr.
 Volkweltung, 12. part. 1. Preis.
Die Kaubenerle
 Schauspiel v. W. Didenbruch
 Abends 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr
Die Rose von Stambul
 Operette von Leo Fall.
 Montag, 21. Juli 1919:
 Wegen Verhinderung
 „Götterdämmerung“
 wird keine Aufführung.

Apollo-Theater
 Täglich, abends 8 Uhr
Wiener Blut
 Opern v. Joh. Strauß
 Opern v. Joh. Strauß
 Opern v. Joh. Strauß
 Opern v. Joh. Strauß

Preiswerte Angebote!
 Schreibröhre von 8,50 Mk. an
 Brucke und Kasten von 9,- Mk. an
 Filzstift und Barenstift von 9,50 Mk. an
 Solde und Kunstseide von 12,50 Mk. an
 Reibdreif, Handtaschen, Taschentücher
 zu sehr mäßigen Preisen.

S. Biletzky, Leipziger Str. 103, 1 Tr.
Das Recht der freien Liebe!
 Vortrag von P. Schandraf-Halger,
 am **Dienstag, 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr.**
 in den **Thalassien, Geistraße 42 a.**
 Eintrittspreise: 1. Platz 3 Mk., 2. Platz 2,50 Mk.,
 3. Platz 1 Mk., 4. Platz 50 Pf.

Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben bei **Karl Feilig, Große Ulrichstr. 23** (Koko Alts Promenade)
 und an der **Abendkasse, Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr**

Alltägliche Bekanntmachungen.
 In der Woche vom 21. bis 27. Juli 1919 werden
 für den Kopf der Bevölkerung ausgegeben: 1/4 Pfund
 (Wagner), 1/4 Pfund (Wagner), 1/4 Pfund (Wagner),
 125 Gramm (Gehlen), 150 Gramm (Wachsmann) und
 ein Ertrag für Kartoffeln 250 Gramm Kartoffelmehl
 nach. Die Abgabe des Kartoffelmehls hat auf
 den Abchnitt 54 der Kartoffelkarte zu erfolgen.

**Sonderkarten für Kinder bis zu 12 Jahren, Jugend-
 liche von 12-17 Jahren u. alte Leute über 70 Jahre.**
 Die Ausgabe der Karten findet vom 20. bis zum
 21. Juli 1919 an, gleichzeitig mit den Brotmarken
 in den sämtlichen Lebensmittelgeschäften
 statt. Bezugsberechtigt sind alle Inhaber von Lebens-
 mittelkarten, deren und soweit zum Haushalt
 Personen gehören, die nach dem 21. Juli 1907 ge-
 geboren sind, also im Alter bis zu 12 Jahren stehen,
 die in der Zeit vom 21. Juli 1902 bis zum 21. Juli
 1907 geboren sind, also im Alter von 12 bis 17 Jahren
 stehen, die am 21. Juli 1919 das 70. Lebensjahr
 eingeleitet haben, also vor dem 21. Juli 1849 ge-
 geboren sind. Der Altersnachweis ist durch Vorlage
 der staatsamtlichen Urkunden zu erbringen. Be-
 zugsberechtigung über die Regelung des Verkaufs er-
 folgt später.

Der Verkauf von Zucker
 erfolgt am **Dienstag, den 21. Juli 1919**, auf den
 Abchnitt 14 für die entsprechenden Marken bei dem
 Milchhandl. Ende, Deutscherstraße 10 und in den
 Verkaufsstellen der Jüdischen Molkerei, Glauchaer-
 straße 15/16 und der Werliger Molkerei, Breiten-
 felderstraße 8.

Da es noch unbestimmt ist, ob die nach hier ge-
 meldeten Kartoffeln rechtzeitig eintreffen, kann ein
 Verkauf für Montag und Dienstag noch nicht an-
 gesetzt werden. Sollten die Kartoffeln bis dahin
 noch eintreffen, wird der Verkauf an den Verkaufsstellen
 bekanntgegeben werden.

In der Woche vom 21. bis 27. Juli werden auf
 den Abchnitt 54 der Karte für jede Person des
 Haushalts 50 Gramm Butter zum Preise von
 46 Pf. abgegeben.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften,
 welche Kundenlisten eingereicht haben, werden auf-
 gefordert, die Leiharbeiter (Kunden) bei dem Jah-
 resfesten Feil, Bernhardtstraße 20, abzugeben. Die
 Abgabe erfolgt am **Montag, den 21. Juli, 9 bis 10**
 Uhr, am **Dienstag, den 22. Juli, 10 bis 11** Uhr, am **Wittwoch,**
den 23. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Donnerstag, den 24. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 25. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 26. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 27. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 28. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Wittwoch, den 29. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 30. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 1. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 2. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 3. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 4. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 7. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 8. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 9. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 10. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 13. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 14. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 15. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 16. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 19. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 20. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 21. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 22. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 25. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 26. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 27. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 28. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 31. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 1. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 2. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 3. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 6. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 7. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 8. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 9. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 12. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 13. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 14. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 15. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 18. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 19. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 20. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 21. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 24. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 25. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 26. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 27. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 30. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 1. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 2. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 3. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 6. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 7. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 8. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 9. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 12. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 13. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 14. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 15. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 18. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 19. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 20. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 21. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 24. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 25. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 26. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 27. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 30. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 31. Oktober,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 1. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 2. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 5. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. November,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 1. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 2. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 5. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. Dezember,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. Januar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. Februar,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. März,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. April,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. Mai,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. Juni,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. Juli,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 7. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 8. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 11. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 12. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 13. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 14. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 17. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 18. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 19. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 20. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 23. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 24. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 25. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 26. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 29. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 30. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den 31. August,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Dienstag, den 1. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Freitag, den 4. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Sonntag, den 6. September,**
den 21. Juli, 8 bis 9 Uhr am **Montag, den**

Deutscher Transportarbeiterverband Halle

Voranzeige.
 Mittwoch, den 23. Juli 1919, abends 7/8 Uhr,
 im Volkspark, Burgstraße 27:

Grosse allgemeine öffentliche Versammlung
 über im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen.
 Tagesordnung:
 Förderung einer allgemeinen Steuererhöhung.

Alle organisierten und unorganisierten Berufsangehörigen werden ersucht zu erscheinen, damit die Versammlung zu einer wichtigen Demonstration für die aufzufordernden Forderungen wird.
 Die Verbandsleitung.

Kommunistische Partei Deutschlands (Kommunisten)
 Ortsgruppe Halle.
 Montag, den 21. Juli, abends 7 Uhr,
 im Volkspark und „Lezten Dreier“:

Öffentl. Volksversammlungen.

Genossin Schrag und Genosse Mentel sprechen über:
Weltgeneralstreik u. Weltrevolution.
 Proletarierinnen und Proletarier! Erscheint in Massen!
 Freie Aussprache.

An die Arbeitende Bevölkerung
 Oherböllingen, Erbsborn, Stebten, Schraplan, Amadorf, Wansleben, Zeitzenthal und umliegenden Ortschaften.
 Montag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr, in Osterböllingen auf dem Schulplatz:
Große Demonstrations-Versammlung.
 Redner: Genosse Steiger Peters, Halle.
 Demonstriert geschlossen durch Arbeitsruhe für die internationale Solidarität u. die Weltrevolution.
 Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in gewaltigen Demonstrationen aus allen umliegenden Ortschaften pünktlich in der in Osterböllingen angelegten Massenversammlung.
 Der Einberufer.

Flechten Wunden
 offene Füsse, Krampfadern, Leiden, heilt sogar in verzweifeltsten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die heilbringende schwarze und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2,00 und 5,75 M. überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei: *1878 Tutagen-Laboratorium, Schlitzschman-Rominten 126.

Händler, Hausierer
 kaufen prämiert die besten Scherereisen Marken „Birtin“ und „Wilo“, Deereit, Dorn, Wagners, Nussbaums und andere Nagelwerkzeuge, sowie haltbare Holzwaren-Apparate etc.
W. Loose, Halle a. S., Dessauer Str. 5.
 Hauptvertrieb: 4663. 2223
 Vertreter gesucht.

Kongress u. Briefkasten
 Briefkasten für den Kongress der Gewerkschaften in Halle a. S. am 23. Juli 1919. Briefe und Karten zu haben. 20 nicht erhaltene, schicke man an die Firma NEUPHARM, Hannover. Nr. 48. *1674

Wunderkinder
 bewährte In. Pilot-Zapfenringe.
 sämtlicher Größen, für Herren- und Damenarbeiten in einfacher Verarbeitung und Sparsamkeit.
Wiene Näpfer-Apparate, extra Wundenthemden, reinwollene Herrenschnitzzeuge.
 Besondere, preiswert, preiswert, preiswert.
 *1822

Verein „Ansiedlung Ost“ :: Halle.
 Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr,
 in Wladisch Gesellschaftssaal:
Mitglieder-Versammlung.
 Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend ersucht.
 - Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.
 Der Vorstand.
 2714

Demonstrationsversammlungen
 im Saalkreis finden statt:
District Zwintschöna, Brundorf, Diestau
 in Zwintschöna in Horns Gasthof
 am Montag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr.
District Osminde, Gräbers, Schwoitsh
 in Osminde im Lokal Augustyniak
 am Montag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr.
 Tagesordnung:
Die Internationale und des Imperialismus.
 Zahlreichen Besuch erwarten *9686
 Die Districtsführer.

Sozialdemokratischer Verein (H. 6. B.). Holzweißig.
 Wir fordern alle Einwohner von Holzweißig auf, als Protest gegen den Gewaltfrieden, am Montag, den 21. Juli,
 Abends 8 Uhr, im Sonntagssaal:
Massenversammlung.
 Die Arbeiterkraft der ganzen Welt, des ganzen internationalen Proletariats, tritt an diesem Tage in eine Protest-Kundgebung ein.
 Einwohner von Holzweißig erscheint in Massen an dieser Versammlung. *1834

Sozialdemokratischer Holzweißig Verein (H. 6. B. D.)
 Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im Schröderischen Saal:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: Gemeinde-Sitzungsbericht, Kassenbericht, Eingänge und Verbindlichkeiten.
 Die Verwaltung. *1833

Eilenburg.
 Wir rufen die revolutionäre Arbeiterkraft Eilenburgs auf, sich der Massenkraft des internationalen Proletariats anzuschließen.
 Montag, 21. Juli, nachm. 7/8 Uhr, im Schützenhaus:
Kundgebung gegen Gewaltfrieden, für Völkerefreiheit und Sozialismus.
 Wir hoffen, daß es jeder Arbeiter für seine Ehrenpflicht hält, diesem Rufe Folge zu leisten.
 Der Vorstand der D. S. P. D. :: Ortsverein Eilenburg, J. A. Edla, Leigke. *836

Lumpen, Knochen, Papier, alle Sorten Metalle, sowie Felle, Rohhaare usw. kauft laufend zu höchsten Tagespreisen.
Leo Feltscher, Holzbrunnens, Tannenkr. 1. - Telefon 6178. - 2380

Lernen Sie tanzen
Wollraths Lehrinstitut.
 Links und rechts, alte Kunst- und Gesellschaftstänze in kurzer Zeit.
 Kein Garderobezwang. Saal ungenietet.
 Jeden Dienstag und Donnerstag abends im Paradios, Ratsworder. Jeden Montag u. Freitag abends im Goldenen Adler, Ammendorf. Eintritt jederzeit.
G. Wollrath, Tanzlehrer.

Vertilgung von Ungeziefer
 aller Art.
 Spezialität: Vergasung.
Kurt Pötscher, Kammerjäger, Halle a. S. 4. 11.
 Friedl. Osterstrasse 5. Fernsprecher 3252.
Partelschriften empfiehlt

Spiegelblatt

 werkt in Einleitum, Karrett bei fortwährendem Gebrauch von **Versteckbleche**
Roberin.
 Kleiniger Verlecher: Carl Center, Göttingen (Wärtzig).
 Vertreter: Oberlein & Co., Salzamtstraße 2. *1821

Mattine, hell
 russ. Pollurlack
 Möbellack *2224
 Oelmattlack
 Abziehbilder
 Schablonen
 etc. etc. empfiehlt
Otto Kramer
 Farbenhandlung
 mittelwache 9 u. 10.
 - Ruf 1465. -

Holzpaantoffeln
 on gros *2222 detail
 nur prima Leder
 liefert preiswert
Otto Ladecke,
 Holzpaantoffel-Händler,
 Halle, Mansfelder Str. 47.

F. Noah,
 gegründet 1872,
 Fernruf Nr. 1049
 Leibnizstraße 10.
 Ecke Gr. Sandberg
Lederhandlung, Schäftefabrik.
 Anfertigung von
 Da b i s h ä f t e n .
 Orthopädi. f. kranke u. beschäd. Füße.

Berlebung-Ringe

 eigene Fabrikation, da
 her Bill. Seinsweise,
 Werkstoff mit elektrisch
 Betrieb. *2501
**R. Voss, Elektr. 46,
 Gold- und Juwelen-
 Fabrikant.**

Derbe Rosenträger,
 besonders reichhaltig,
 Gummi-Rosenträger
 werden eingetragene,
 Dauerhafte Betrieb
**Al. Berlin 2, rechts,
 Ecke Sternstraße, 2000**

Raute leb. Posten
 zum Schlachten.
Artur Reinicke,
 Rohfleischerei,
 Zeitz (Saalkr.).
 Telefon 3083.

Der Tabak
 Husat, Kultur, Ver-
 steuern, Ernten, Trocknen,
 Mängen, Gerentieren,
 Süßigkeiten von Sigaaren,
 Sigaarett, Rauch, Kau-
 und Schnupftabak 1 Mk.,
 Nachnahme 1,35 Mk.

Der Spiritus
 Eine Anleitung zur Er-
 zeugung aus Kartoffeln,
 Dhl, Beeren, Wurzeln
 und Samen, sowie von
 Schnaps, Wein, Cognak,
 Likören u. Trinkbranntwein.
 1 Mk., Nachm. 1,35 Mk.
 Jede Seite 1,30 Mk.
 Nachm. 2,20 Mk.
**A. Hecht, Gartenbau,
 Berlin-Schöneberg.**
 Mode-Zellulose empfiehlt

„Oberpollinger.“
 Sonntag und Sonntag:
Konzert des Oesterr. Damen-Orchesters
Haustein,
 außerdem Gastspiel der beliebten
Müller-Sänger.
 Neues Programm, guter Gesang, urkom. Possen.

Altenburger Hof.
 Am Alten Markt.
 Sonntag, den 20. Juli, von 7 Uhr an:
Konzert.

Peißnitz-Konzert!
 Morgen Sonntag von 7-9 Uhr
 Fröh. u. 10-11 Uhr: Nachm.
 und von 1/2-11 Uhr: Abend-
 ausgeführt v. Sinfon.Orchester.
 im Saale ab 8 Uhr: **Ball-Musik. Karten 1000**

Schloss Freimelde Restaurant u. Gartenlokal
 (Nähe des Schlosshofes).
 Sonntag, den 20. Juli 1919:
Erstes grosses Sommerfest
 mit vielen Volkabteilungen, wie:
 Preiseschüssen für Jung und Alt, Topfspielen,
 Stangenspielen, Sackhupfen, Blumenverlosung;
 Von 3 Uhr an: **Konzert der Göllich-Kapelle.**
 durch die Anlagen des Gartenbau-Vereins
 „Schloss Freimelde“, eingetr. Verein
 - Jedes Kind erhält ein Geschenk extra. -
 In Hippodrom von 8 Uhr an:

Grosses Reit- und Sportfest
 bei freiem Eintritt. *2688
„Lilli“ das Lieblingspferd der Jugend,
 mit seinen Spielern. : : :
 Es laden freundlich ein
Paul Eszrich. Hermann Eriger u. Frau.

Stammisch „Freiheit“, Wörmitz.
 Sonntag, den 27. Juli 1919: *1827
Wasserfahrt nach Beuchlitz,
 verbunden mit Kränzen und Preissessen.
 Abfahrt 1 Uhr: bei Hoffmanns Dampfersteigstelle.

Hierzu ladet freundlich ein **Der Vorstand.**
 NB. Karten sind zu haben bei den Mitgliedern:
**Herrn. Rauschenbach, Böllbergweg 24,
 H. Wagner, Stadtgr. 2,
 P. Scholz, Böllberg 45,
 O. Gäßler, Wörmitz, Angerstr. 16.**

Nietleben.
Arbeiter-Turnverein Zeitz auf
 Mitglied des Arbeiter-Turnverbands.
 Sonntag, den 20. Juli,
 in den Lokalen „Zur Sonne“ und „Zum Stern“:
Sommerfest,
 bestehend in Musik, Schautänzen und Preisloosen.
 Nachmittags und abends **Sanz.**
 Hierzu ladet freundlich ein **Der Vorstand.**

Sennewitz.
 Sonntag, den 20. Juli, nachm.,
 im Schwarzen Adler (Festlokal):
Großes Gewerkschaftsfest.
 Redner: Genosse Gasse.
 Von 1 Uhr an: Empfang der auswärtigen Gäste.
Um 2 Uhr: Umzug.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Festkomitee.**
 *2625

Geschlechts-Kranke!
 Rasche Heile - Doppelte Heile!
 Barothrealeiden, frischer u. veralt. Ausfluss, Heilung
 in kürzester Frist, Syphilis, ohne Berufsunter, ohne
 Einschränkung u. andere Gifte, Massenschwäche, sofortige
 Heile Heile. Ueber jedes der drei Leiden ist eine aus-
 führliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl.
 Gutachten u. Hunderten freiwilligen Dankeschreiben
 Geheiler. Zusendung kostenlos geg. 25 Pf. in Marken
 per Porto in verschied. Doppelbrief ohne aufdruck
 durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 466,
 Potsdamerstr. 123 B. Sperrstunden: 8-10, 3-4 Uhr.
 Genauere Angabe des Leidens erforderlich, damit die
 richtige Broschüre gesandt werden kann. *1872